

Kanada

Einleitung

Im Verhältnis zu seiner Bevölkerung hat Kanada seit den 1980er Jahren mehr Einwanderern und Flüchtlingen dauerhaften Aufenthalt gewährt als jedes andere Land der Welt. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wandelte sich die Einwanderungspolitik des Landes von einem Mechanismus zum Ausschluss von Nicht-Europäern zu einem Instrument für die herkunftsunabhängige Auswahl von Einwanderern, das die wirtschaftliche und demographische Entwicklung fördern soll. Trotz durchweg hoher Einwandererzahlen und zunehmender Diversität, besonders in den urbanen Zentren des Landes, gab es in Kanada bislang nicht die Art politischer Vorbehalte gegen Einwanderung und Multikulturalismus, die die meisten europäischen Länder im Laufe des letzten Jahrzehnts erlebt haben.

Nicht nur in Europa wird Kanadas Einwanderungspolitik – oder zumindest das sogenannte ›Punktesystem‹ (s.u.) – oft als Vorbild betrachtet. In den vergangenen Jahren hat sich die Einwanderungspolitik jedoch grundlegend gewandelt. Drei politische Entwicklungen sind dabei besonders hervorzu-



Hintergrundinformationen

Hauptstadt: Ottawa

Amtssprachen: Englisch und Französisch

Fläche: 9.984.670 km²

Bevölkerung (2011): 33.476.688

Bevölkerungsdichte (2011): 3,7 Einwohner/km²

Bevölkerungswachstum (2006-2011): +5,9%

Anteil Einwanderer (foreign-born)
an der Gesamtbevölkerung (2011): 20,6%

Erwerbsquote (4/2013): 66,7%

Arbeitslosenquote (4/2013): 7,2%

Religionen (2011): Katholiken (38,7%), Protestanten und
›andere Christen‹ (15,6%), Muslime (3,25%), Christlich-
Orthodoxe (1,7%), Hindus (1,5%), Sikhs (1,4%), Buddhisten
(1,1%), Juden (1,0%), Konfessionslose (23,9%)

heben: (1) der Zuwachs von Programmen für die temporäre Zuwanderung, (2) der restriktivere und an weitreichende Bedingungen geknüpfte Ansatz im Bereich der dauerhaften Einwanderung und (3) die Dezentralisierung der Kontrolle über die Auswahl von Einwanderern von der Bundesebene auf die Ebene der Provinzen. Alle drei Veränderungen wurden eingeführt, um wahrgenommene Defizite zu beheben, insbesondere in Bezug auf die seit den 1990er Jahren zunehmend schwierigere Situation hochqualifizierter Einwanderer auf dem kanadischen Arbeitsmarkt und sehr lange Bearbeitungszeiten für Einwanderungsanträge. Ob diese jüngsten Veränderungen den gewünschten wirtschaftlichen Effekt haben werden, ist nicht sicher. Es gibt wachsende Bedenken unter Migrationsforschern und Nichtregierungsorganisationen, dass sie negative Konsequenzen für die Integration von Einwanderern mit sich bringen könnten, die auch über den Arbeitsmarkt hinausgehen.

Entwicklung der Einwanderung und der Einwanderungspolitik seit dem 19. Jahrhundert

Einwanderungspolitik im späten 19. Jahrhundert

Kanadas erstes Einwanderungsgesetz wurde 1869 erlassen, zwei Jahre nach der Gründung des Landes. Das Ge-

setz sollte der Auswanderung in die USA entgegenwirken und die Besiedlung der westlichen Territorien erleichtern. Es etablierte nur eine geringe Zahl von Kontrollen für Neuankömmlinge, wenngleich es der Bundesregierung die Möglichkeit gab, den Zuzug von Armen, Kranken und behinderten Menschen zu verhindern. Bald jedoch musste diese relativ offene Regelung einer Reihe von Gesetzen weichen, die darauf angelegt waren, solche Personen zur Einwanderung zu bewegen, die unter wirtschaftlichen bzw. ethnischen Gesichtspunkten als geeignet betrachtet wurden.

Im späten 19. Jahrhundert wurden Programme entwickelt, die die Besiedlung von Kanadas Westen fördern sollten, indem sie auf Masseneinwanderung zielten. Zu diesem Zweck wurden im Vereinigten Königreich, den USA, Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten aggressive Informations- und Auswahlkampagnen gestartet. Als jedoch klar wurde, dass sich in traditionellen Herkunftsländern, insbesondere im Vereinigten Königreich, keine ausreichende Zahl möglicher Einwanderer finden lassen würde, richtete sich die Aufmerksamkeit auf Mittel- und Osteuropa. Infolge dieser Kampagnen erfolgte der erste große Zustrom von Neuankömmlingen vom europäischen Festland, unter ihnen vor allem Ukrainer¹, Deutsche, Italiener und Russen.² Die Politik zielte darauf ab, Bauern und Landarbeiter anzuziehen. Künstler, Beamte, ungelernete Arbeiter und andere Stadtbewohner wurden dagegen als für die Ansiedlung nicht geeignet betrachtet.

Wer für die Ansiedlung als geeignet galt, wurde auch dadurch bestimmt, dass Kanada sich als ›britische Siedlergesellschaft‹ verstand und man glaubte, als solche nur bestimmte nationale oder ethnische Gruppen integrieren zu können, ohne den grundlegenden Charakter der jungen Nation zu verändern. Dieser Glaube führte schon früh zur Einführung einer Reihe von formellen und informellen Einwanderungsbeschränkungen für bestimmte ethnische Gruppen, darunter vor allem Chinesen, Japaner und Inder.

Das Einwanderungsgesetz von 1952

Einwanderungsbeschränkungen, die darauf ausgelegt waren, kulturelle, ethnische und ideologische Unterschiede so gering wie möglich zu halten, wurden noch bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg aufrechterhalten. Premierminister Mackenzie King betonte 1947 in einer Rede, dass es Einwanderern nicht möglich sein sollte, »den Charakter unserer Bevölkerung grundlegend zu ändern«.³ Das Einwanderungsgesetz aus dem Jahr 1952 ermächtigte die Regierung dazu, Personen, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft, ihrer ethnischen oder geografischen Herkunft, ihrer sozialen Klasse, Berufszugehörigkeit, ihres Lebenswandels oder ihrer »möglichen Unfähigkeit, sich zu assimilieren«⁴ als ungeeignet erachtet wurden, nur einschränkt oder überhaupt nicht zuzulassen. In diesem Zuge wurde eine Liste mit bevorzugten Herkunftsländern aufgestellt.

Abschaffung rassistischer Einwanderungspolitiken und Einführung des Punktesystems

Ein Erlass von 1962 führte dazu, dass Migranten mit gesuchter Ausbildung oder Qualifikation ohne Anse-

hen von Hautfarbe, Abstammung oder nationaler Herkunft die Einreise bewilligt werden sollte. Damit wurde die rassistische Komponente der kanadischen Einwanderungspolitik weitestgehend abgeschafft.⁵

1967 folgte ein Punktesystem, anhand dessen Sachbearbeiter in den Einwanderungsbehörden Punkte für Bildung, Sprachkenntnisse und Arbeitsmarktchancen bis zu einer festgelegten Höchstzahl vergeben konnten. Auch wenn die Kategorien, in denen Punkte vergeben werden, über die Jahre ebenso verändert wurden wie die Mindestsumme, die zur Zulassung notwendig ist, bildet dieses System nach wie vor das Herzstück der kanadischen Einwanderungspolitik.

Das Einwanderungsgesetz von 1976 teilte die Einwanderungswilligen nach vier Grundkategorien ein und verlangte von der Regierung, in Abstimmung mit den Provinzen, jährliche Zielgrößen für die Zulassung von Einwanderern zur gezielten Planung und Abwicklung der Einwanderung zu ermitteln. Dieses Gesetz gilt als Eckpfeiler der gegenwärtigen kanadischen Einwanderungspolitik.

Tabelle 1: Sechs Auswahlkriterien für qualifizierte Arbeitskräfte (Federal Skilled Workers)

Kriterien	Maximale Punktzahl
Englisch- und/oder Französischkenntnisse	28
Bildung	25
Berufserfahrung	15
Alter	12
Stellenangebot in Kanada	10
Anpassungsfähigkeit	10
Gesamtpunktzahl (Maximum)	100
Zu erreichende Mindestpunktzahl: 67 von 100 Punkten	

Quelle: www.cic.gc.ca/english/immigrate/skilled/apply-factors.asp (Zugriff: 16.7.2013)

Das Einwanderungs- und Flüchtlingsschutzgesetz von 2002

Aktuell wird die Einwanderung nach Kanada im 2002 in Kraft getretenen Einwanderungs- und Flüchtlingsschutzgesetz (Immigration and Refugee Protection Act - IRPA) und dessen Erweiterungen geregelt. Ausländer können demnach einen Antrag auf dauerhaften Aufenthalt stellen, wenn sie in eine der drei Aufnahmekategorien (landing classes) fallen: die Wirtschaftskategorie (qualifizierte Arbeitskräfte, Geschäftsleute mit ihren direkten Familienan-

gehörigen), die Kategorie der Familienangehörigen (Ehegatten, Lebenspartner, Kinder und andere Verwandte von kanadischen Staatsangehörigen oder Einwanderern, die über eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung verfügen) oder die Kategorie der Flüchtlinge und Schutzbedürftigen. Darüber hinaus kann dauerhafter Aufenthalt aus humanitären Beweggründen durch Ministererlass gewährt werden. Wird einer Person ein dauerhafter Aufenthaltsstatus zugesprochen, so hat sie ähnliche Rechte wie kanadische Staatsangehörige. Dazu zählt der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt und zu sozialen Leistungen.

Im Gegensatz zur weit verbreiteten Meinung durchläuft nur ein kleiner Teil derjenigen Einwanderer, die dauerhaft in Kanada verbleiben wollen, den Auswahlprozess auf der Basis des Punktesystems. Es kommt nur bei den Hauptantragstellern in der Wirtschaftskategorie zum Tragen, beispielsweise bei Personen, die im Rahmen des Programms für qualifizierte Arbeitskräfte (Federal Skilled Worker Program - FSWP) einreisen. 2011 wurden 16 Prozent der Neuzuwanderer durch das Punktesystem evaluiert. Die übrigen 84 Prozent der Einwanderer kamen 2011 über Einwanderungskategorien ins Land, die nicht der Evaluation durch das Punktesystem unterliegen.

Jüngste Veränderungen des Programms für qualifizierte Arbeitskräfte

Seit 2012 ist das FSW-Programm für qualifizierte Arbeitskräfte grundlegend verändert worden. Aufgrund von bis zu sechsjährigen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Einwanderungsanträgen aus einigen Weltregionen (insbesondere aus Asien), verkündete die kanadische Einwanderungsbehörde (Citizenship and Immigration Canada - CIC) im November 2012, dass das FSW-Programm bis Mitte 2013 außer Kraft gesetzt und der Auftragsüberhang gelöscht werde. Rund 280.000 Anträge, die vor Februar 2008 gestellt, aber noch nicht bearbeitet worden waren, wurden folglich aus dem System entfernt und die Bearbeitungsgebühren an die Antragsteller zurückgezahlt.⁶ Zusätzlich zur Evaluation durch das Punktesystem müssen Antragsteller im neu gestalteten FSW-Programm eines von drei Kriterien erfüllen: (1) sie müssen mindestens ein Jahr Erfahrung in einem von 24 festgelegten Berufen vorweisen (hauptsächlich sind dies Berufe im Ingenieurwesen sowie im medizinischen und informationstechnologischen Bereich); (2) sie müssen über ein Arbeitsplatzangebot verfügen, für das weder ein kanadischer Staatsangehöriger noch ein Einwanderer mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht infrage kommt; oder (3) sie sind ein internationaler Studierender, der in einem Doktorandenprogramm einer kanadischen Universität eingeschrieben ist und über mindestens ein Jahr Erfahrung in einem qualifizierten Beruf oder einer leitenden Position verfügt. Die Einwanderung in der Kategorie der festgelegten Berufe ist auf 5.000, die über Doktorandenprogramme auf 1.000 Personen pro Jahr begrenzt. Die Festlegung von Quoten markiert eine scharfe Zäsur in Kanadas langjährigem Fokus auf Masseneinwanderung. Darüber hinaus wurde die Selbsteinschätzung der eigenen

Sprachkenntnisse durch einen Pflichtsprachttest ersetzt und Antragsteller sind nun dazu verpflichtet, ihre Bildungsabschlüsse prüfen und anerkennen zu lassen.

Das Programm für Handwerksberufe

Als Reaktion auf die anhaltende Kritik, die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften im Handwerk zugunsten von Hochqualifizierten und Führungskräften zu ignorieren, rief die kanadische Einwanderungsbehörde im Januar 2013 das Programm für Handwerksberufe (Federal Skilled Trades Program) ins Leben. Im Rahmen dieses Programms können jährlich bis zu 3.000 Personen basierend auf ihren Qualifikationen und ihrer Arbeitserfahrung in einem von 43 Handwerksberufen einen Antrag auf einen unbefristeten Aufenthaltstitel stellen. Antragsteller müssen daneben Sprachkenntnisse nachweisen und entweder über ein Stellenangebot oder ein Zertifikat über ihre Qualifikation von einer Provinz oder einem Territorium verfügen.

Veränderungen im Bereich der Familienmigration

Die Familienmigration war lange Zeit ein Schlüsselement der kanadischen Einwanderungspolitik. Zwei Entwicklungen in jüngerer Zeit deuten jedoch an, dass sich dies ändert.

Im Dezember 2011 wurde das sogenannte ›Super-Visum‹ für Eltern und Großeltern von Einwanderern eingeführt. Anders als in der Vergangenheit sind diese nun nicht mehr zum Nachzug nach Kanada berechtigt. Stattdessen können sie ein Visum erhalten, mit dem sie im Zeitraum von zehn Jahren mehrfach nach Kanada einreisen dürfen, um ihre Familienangehörigen dort zu besuchen. Voraussetzung ist, dass das in Kanada lebende Familienmitglied ein Mindesteinkommen nachweisen und privaten Krankenversicherungsschutz für seine Besucher bereitstellen kann.

Im Oktober 2012 führte die kanadische Einwanderungsbehörde einen vorbehaltlichen dauerhaften Aufenthaltsstatus für nachziehende Lebens- bzw. Ehepartner ein. Dieser findet Anwendung bei Paaren, die seit weniger als zwei Jahren eine Beziehung führen und die keine gemeinsamen Kinder haben (vgl. den Abschnitt Irreguläre Migration für Details).

Temporäre Einwanderung

Während die Aufnahme von dauerhaften Einwanderern sowohl unter qualitativen als auch quantitativen Gesichtspunkten zunehmend restriktiver wird, hat die Zahl der Programme für temporäre Einwanderung in den vergangenen Jahren exponentiell zugenommen. Einigen temporären Einwanderern wird es ermöglicht, einen unbefristeten Aufenthaltsstatus zu erlangen – ein Ansatz, der als ›zweischrittige‹ Einwanderung (two-step immigration) bezeichnet wird. Das erste offizielle Programm für temporäre Einwanderer war das 1966 eingeführte und bis heute bestehende Programm für Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft (Seasonal Agricultural Worker Program – SAWP). Dieses wurde 1973 durch das Programm für temporäre Arbeitskräfte (Temporary Foreign Worker Program – TFWP) ergänzt. Es sollte

ursprünglich Engpässen in hochqualifizierten Tätigkeitsfeldern entgegenwirken, wurde 2002 aber auch auf niedrigqualifizierte ausländische Arbeitskräfte ausgedehnt.

Das Programm erlaubt es Arbeitgebern, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben und einzustellen. Im Allgemeinen benötigt ein Arbeitgeber dazu eine positive Arbeitsmarkteinschätzung (labor market opinion – LMO) von der kanadischen Regierung. Eine LMO bestätigt, dass der Arbeitgeber keinen kanadischen Staatsangehörigen oder Einwohner mit einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung gefunden hat, der die Stelle besetzen könnte, dass es sich um keine Scheinanstellung handelt und dass der Arbeitgeber nicht gegen Verpflichtungen gegenüber vormals rekrutierten temporären Arbeitskräften verstoßen hat.

Sowohl das SAWP als auch das TFWP zielen darauf ab, kurzzeitige Arbeitsmarktbedarfe zu decken, wobei einige Teilnehmer des TFWP mithilfe des Programms für Personen mit kanadischer Arbeitsmarkterfahrung (Canadian Experience Class Program) oder eines Auswahlprogramms einer Provinz oder eines Territoriums (Provincial/Territorial Nominee Programs - PTNP) einen unbefristeten Aufenthaltsstatus erlangen können (siehe unten).

Eines der bekanntesten kanadischen Programme für temporäre Arbeitskräfte ist das seit 1992 existierende Programm für Pflegekräfte (Live-In Caregiver Programm - LIC). Im Rahmen dieses Programms können sich Personen mit einem weiterführenden Schulabschluss, Englisch- oder Französischkenntnissen und Erfahrungen in der Pflegearbeit bewerben, um für bis zu vier Jahre als Pflegekraft für Kinder, alte oder behinderte Menschen in deren Haushalt zu leben und zu arbeiten. Dies ist das einzige Programm für temporäre Einwanderung bei dem von vornherein die Möglichkeit eines Wechsels von einem befristeten in einen unbefristeten Aufenthaltsstatus gegeben ist.

Seit 2008 bietet das Programm für Personen mit kanadischer Arbeitsmarkterfahrung hochqualifizierten temporären Arbeitskräften, Ausländern, die ein Studium an einer kanadischen Universität abgeschlossen haben sowie deren Familien die Möglichkeit, nach einem Jahr Arbeitserfahrung in einer hochqualifizierten

oder Führungsposition eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen, vorausgesetzt, der Hauptantragsteller erfüllt Sprach- und andere Anforderungen.

Die Auswahlprogramme der Provinzen und Territorien

Neben den staatlichen Einwanderungsprogrammen hat eine Reihe von Abkommen zwischen der Bundesregierung und den einzelnen Provinzen und Territorien des Landes dazu geführt, dass letztere zunehmende Mitspracherechte bei der Auswahl der Einwanderer haben. Sie können diese entsprechend ihrer regionalen wirtschaftlichen Bedarfe und anhand eigener Kriterien im Rahmen eigener Verfahren auswählen. Diese sogenannten Provincial/Territorial Nominee Programme (PTNPs) sind sowohl ein Instrument, um Neuzuwanderer für einen dauerhaften oder temporären Aufenthalt auszuwählen, als auch ein Weg für Einwanderer, die bereits im Rahmen des staatlichen Programms für temporäre Arbeitskräfte (Temporary Foreign Worker Program) in Kanada leben, einen unbefristeten Aufenthaltstitel zu erlangen. Das erste und umfassendste dieser Abkommen wurde 1991 mit Quebec⁷ geschlossen; die meisten anderen Provinzen und Territorien sind seit 2000 diesem Beispiel gefolgt. Die Verbreitung der PTNPs hat zur Herausbildung einer Vielfalt an Zuwanderungsprogrammen geführt, die in ihrer Gesamtheit nur schwer zu erfassen ist. Diese Entwicklung markiert auch eine Abkehr vom traditionellen, zentralisierten Ansatz des Migrationsmanagements; die Auswirkungen dieses Wandels sind noch nicht absehbar.

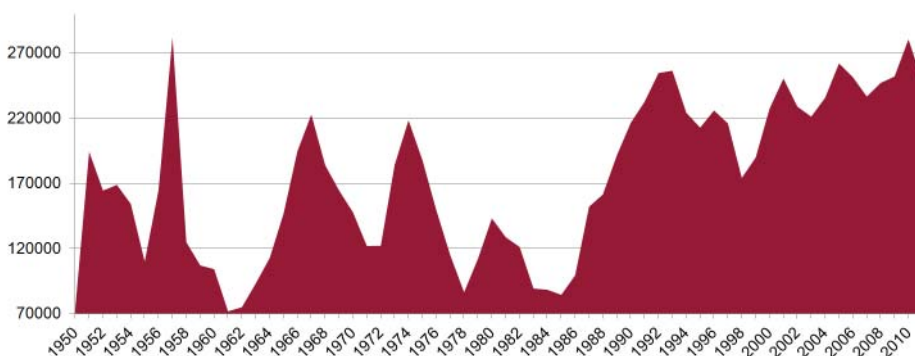
Einwanderungsströme

Trotz der Veränderungen in der jüngeren Vergangenheit bleibt Kanadas Einwanderungspolitik eine Politik der ›Masseneinwanderung‹. Die jährlichen Zuzüge im Bereich der dauerhaften Einwanderung beliefen sich seit 1990 durchgehend auf über 200.000,⁸ was 0,7-0,9 Prozent der Gesamtbevölkerung

des Landes entspricht. Im Jahr 2010 wurde mit 280.691 Neuzuwanderern ein Nachkriegsrekord erzielt; 2011 wurden 248.748 Einwanderer aufgenommen.

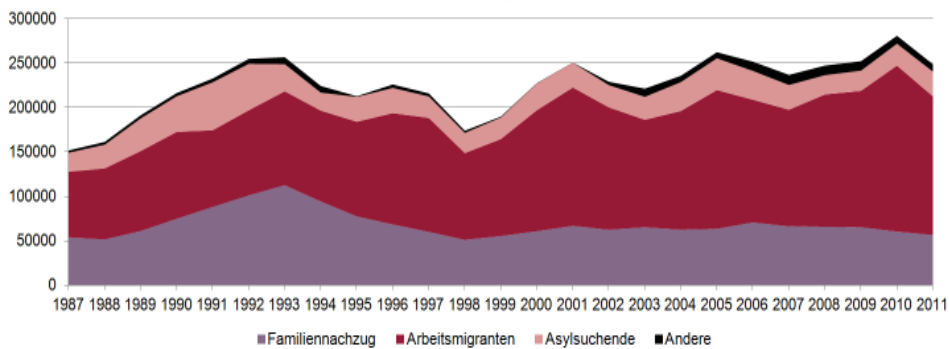
Die Zulassungspolitik zielt darauf, Antragsteller aus den verschiedenen Zulassungskategorien – Arbeitsmigranten, Einwanderer im Rahmen der Familienkategorie und Flüchtlinge – in einem Mischungsverhältnis zuzulassen. 2011 lag dieses Verhältnis bei etwa 66:20:12 Prozent, wobei allerdings beachtet werden muss, dass die Zahl der Arbeitsmigranten diejenige der sie begleitenden Familienangehörigen umfasst. Darüber hinaus ist eine nicht unerhebliche Zahl von Einwanderern der Kategorie ›Andere‹

Abbildung 1: Zuzüge von Einwanderern mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis 1950-2011



Quelle: Citizenship and Immigration Canada (2012, S. 3)

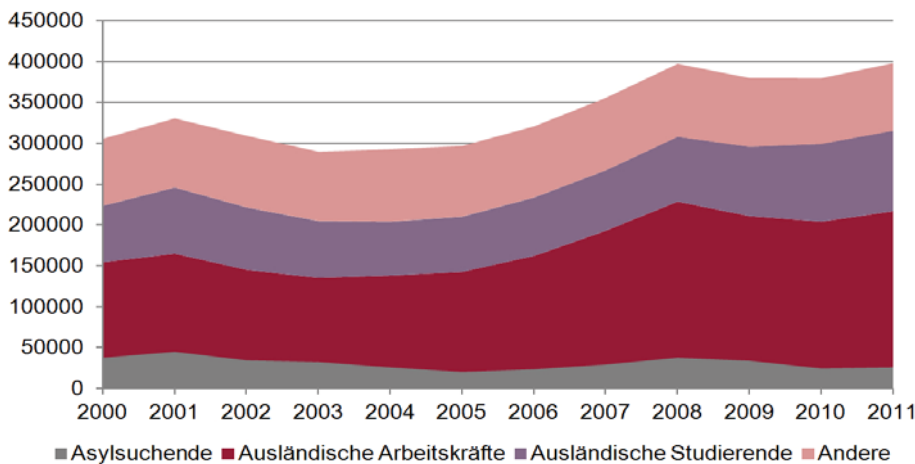
Abbildung 2: Zuzüge von Einwanderern mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis nach Zulassungskategorie 1987-2011



Quelle: Citizenship and Immigration Canada (2012, S. 4-5)

zuzuordnen. Darunter fallen Rentner, Personen, deren Abschiebung ausgesetzt wird, und Personen, die aus humanitären Erwägungen per Ministererlass aufgenommen werden. Abbildung 2 zeigt die Zahl der Zulassungen zwischen 1987 und 2011 nach den jeweiligen Zulassungskategorien. Zusätzlich zum oben genannten Zustrom von Menschen, die sich dauerhaft niederlassen wollen, gewährt Kanada jedes Jahr einer noch höheren Zahl von Ausländern befristeten Aufenthalt. Seit 2002 hat Kanada jährlich zwischen 300.000 und 400.000 temporäre Einwanderer zugelassen, darunter ausländische Arbeitskräfte, Studierende, Asylbewerber

Abbildung 3: Zuzüge von temporären Einwanderern nach Zulassungskategorie 2000-2011



Quelle: Citizenship and Immigration (2010, S. 62; 2012, S. 62)

und Besucher mit einem befristeten Aufenthaltsvisum. Zwischen 2006 und 2011 (mit Ausnahme von 2010) überstieg die Zahl der temporär zugelassenen ausländischen Arbeitskräfte die der Hauptantragsteller in der Wirtschaftskategorie, die sich dauerhaft in Kanada niederlassen durften.

Die Einwandererbevolkerung

Die amtliche Statistik versteht unter ›Einwanderern‹ (immigrants) oder ›im Ausland Geborenen‹ (foreign-born)

nur diejenigen Migranten, denen von der Einwanderungsbehörde das Recht zugestanden wurde, sich auf Dauer in Kanada niederzulassen. Im Jahr 2011 waren 20 Prozent der Gesamtbevölkerung im Ausland Geborene und wurden zur Einwandererbevolkerung gezählt.⁹

2010 wurden Fragen in Bezug auf Einwanderung, ethnische Diversität, Sprache, Bildung, Partizipation am Arbeitsmarkt, Einkommen und andere wichtige sozioökonomische Charakteristika aus dem obligatorisch zu beantwortenden Zensusfragebogen entfernt, der alle fünf Jahre an alle Haushalte verteilt wird. Stattdessen werden diese Merkmale nun in einer neuen Nationalen Haushaltsbefragung (National Household Survey – NHS) abgefragt; die Teilnahme an dieser Befragung ist allerdings freiwillig.¹⁰ Migrationsforscher und Sozialwissenschaftler im Allgemeinen haben dies kritisiert, da sie befürchten, dass dadurch ihre Möglichkeiten zur kritischen Analyse sozialen Wandels und sozialer Ungleichheit beschnitten werden.

In geografischer Hinsicht verteilt sich die Einwandererbevolkerung ungleichmäßig über das Land. Nach

Ergebnissen der Nationalen Haushaltsbefragung 2011 leben 94,8 Prozent der im Ausland geborenen Bevölkerung in vier der insgesamt zehn Provinzen: Ontario (53,3 Prozent), British Columbia (17,6 Prozent), Quebec (14,4 Prozent) und Alberta (9,5 Prozent). Die Einwandererbevolkerung konzentriert sich darüber hinaus vor allem in den urbanen Zentren des Landes. So leben allein in Toronto 37,4 Prozent aller im Ausland geborenen Personen. Sie stellen insgesamt 46 Prozent der Einwohnerschaft Torontos. Damit ist fast jede zweite in Kanadas größter Stadt lebende Person im Ausland geboren worden.

In den letzten 40 Jahren haben neue Einwanderungspolitiken und internationale Entwicklungen dazu geführt,

dass sich die Hauptherkunftsländer der kanadischen Einwandererbevolkerung verändert haben. Der Nationalen Haushaltsbefragung 2011 zufolge kamen 78,3 Prozent der vor 1971 nach Kanada eingewanderten Personen aus Europa, 8,5 Prozent aus Asien, 5,4 Prozent aus der Karibik, Zentral- und Südamerika sowie 1,9 Prozent aus Afrika. Im Gegensatz dazu kamen die meisten Einwanderer der Jahre 2006 bis 2011 aus Asien (56,9 Prozent), Europa (13,7 Prozent), Afrika (12,5 Prozent) sowie aus der Karibik, Zentral- und Südamerika (12,3 Prozent).

Die zehn Hauptherkunftsländer von im Jahr 2011 Einwandernden waren – in absteigender Reihenfolge – die Philippinen, China, Indien, die USA, Pakistan, das Vereinigte Königreich, der Iran, Südkorea, Kolumbien und Mexiko.

Ethnische Zugehörigkeit

Zwischen 1901 und 2006 wurden Informationen über die ethnischen Hintergründe der gesamten Bevölkerung Kanadas (Eingewanderte und Nicht-Eingewanderte) in den regelmäßig stattfindenden Volkszählungen gesammelt. Seit 2011 werden sie in der Nationalen Haushaltsbefragung (siehe oben) erfasst, wobei sich die Erfassungsmethode nicht verändert hat. Befragte können sich einer oder mehreren ethnischen Gruppen zuordnen. Die kanadische Statistikbehörde erkennt dabei an, dass diese Zuschreibung nicht statisch ist, sondern sich im Zeitverlauf ändern kann und somit nur eine Momentaufnahme der Selbstwahrnehmung des Befragten zum Befragungszeitpunkt darstellt. 2011 wurden in der Nationalen Haushaltsbefragung mehr als 200 verschiedene ethnische Zugehörigkeiten angegeben. Die 13 häufigsten Nennungen (nach abnehmender Häufigkeit) waren: kanadisch, englisch, französisch, schottisch, irisch, deutsch, italienisch, chinesisch, nord-amerikanischer Ureinwohner (First Nations), ostindisch, holländisch und polnisch. Ein interessantes Phänomen ist in diesem Zusammenhang die zunehmende Nennung ›kanadisch‹: 1991 gaben nur 3 Prozent der Bevölkerung dies als ihren einzigen ethnischen Hintergrund an. Dieser Anteil stieg bis 1996 auf 19 Prozent und weiter auf 39 Prozent im Jahr 2001. 2011 gaben 10.563.800 Personen an, kanadischer Herkunft zu sein. Einige Wissenschaftler vertreten die These, dass die Nennung ›kanadisch‹ ein Instrument ist, mit dem sich alteingesessene europäische Gruppen von neueren Einwandergruppen aus Asien, Afrika und Lateinamerika abzugrenzen suchen.¹¹

›Sichtbare Minderheiten‹

Das Gesetz zur Gleichbehandlung am Arbeitsplatz (Employment Equity Act) von 1996 definiert so genannte ›sichtbare Minderheiten‹ als »Personen, die weder Ureinwohner noch von kaukasischer¹² Abstammung oder weißer Hautfarbe sind«. Die Volkszählung im selben Jahr war die erste, die den Umfang dieser Minderheiten in der Gesamtbevölkerung ermittelte. Diese Informationen dienen als Bezugspunkt für staatliche Gleichstellungsmaßnahmen. In der Nationalen Haushaltsbefragung 2011 gaben 6.264.800 Befragte an, einer ›sichtbaren Minderheit‹ anzugehören. Das entspricht 19,1 Prozent der Gesamtbevölkerung und stellt einen deutlichen Anstieg gegenüber 1971 (weniger als 1 Prozent) und 2001 (13 Prozent) dar.

Die ›sichtbaren Minderheiten‹ konzentrieren sich ebenso wie die Einwandererbevölkerung in vier Provinzen (Ontario, British Columbia, Quebec und Alberta) und in den urbanen Zentren des Landes, insbesondere in Toronto, Vancouver und Montreal. 2011 gaben 49,1 Prozent der Einwohner Torontos an, einer ›sichtbaren Minderheit‹

anzugehören; in Vancouver waren es 45,2 Prozent und in Montreal 20,3 Prozent. In einigen Vororten sind die Anteile sogar noch höher, wie beispielsweise in Richmond, einem Vorort von Vancouver, wo 70,4 Prozent zu ›sichtbaren Minderheiten‹ gehören oder 72,3 Prozent in Markham, einem Vorort Torontos.

Staatsbürgerschaft

Einwanderer werden in Kanada dazu ermutigt, die kanadische Staatsbürgerschaft anzunehmen, da die Einbürgerung von der Regierung als ein »wichtiger Schritt im Integrationsprozess eingewanderter Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der vollen Teilhabe am Leben in Kanada« betrachtet wird.¹³ Folglich hat das Land eine der höchsten Einbürgerungsquoten der Welt. 2011 waren 85,6 Prozent aller Einwanderer, die die entsprechenden Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllten, eingebürgert.¹⁴ Mehr als zwei Drittel (78,3 Prozent) der kanadischen Bevölkerung sind seit der Geburt im Besitz der kanadischen Staatsangehörigkeit, weitere 15,8 Prozent haben die kanadische Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten; das bedeutet, dass 94 Prozent aller in Kanada lebenden Personen kanadische Staatsangehörige sind.

Die hohe Einbürgerungsrate ist ein Grund dafür, warum die hohe Einwanderung nach Kanada und die große Diversität der Bevölkerung bislang – anders als in vielen europäischen Ländern im Verlauf des letzten Jahrzehnts – nicht von rechten Parteien als Wahlkampfthemen aufgegriffen worden sind. Die hohe Einbürgerungsrate bedeutet, dass die Mehrheit der Einwanderer an Wahlen teilnehmen darf. Ihre Stimmen haben besonders in Gebieten mit vielen Wahlkreisen, z.B. in den großen urbanen Zentren des Landes, in denen viele Einwanderer leben, Einfluss auf das Wahlergebnis. Politiker (und die Parteien, denen sie angehören) haben daher mehr zu verlieren als zu gewinnen, wenn sie sich gegen Einwanderung und Diversität positionieren.¹⁵

Die Voraussetzungen für die Einbürgerung haben sich 2010 leicht verändert. Um sich einbürgern lassen zu können, muss man im Besitz einer Niederlassungserlaubnis sein und mindestens drei der letzten vier Jahre vor der Antragstellung in Kanada gelebt haben. Darüber hinaus müssen Antragsteller in Englisch oder Französisch kommunizieren können, wobei die Sprachkenntnisse durch einen Sprachtest oder einen Hochschulabschluss in Englisch oder Französisch nachgewiesen werden müssen. Zudem ist ein Einbürgerungstest¹⁶ zu bestehen, mit dem der Antragsteller Landeskenntnisse sowie Kenntnisse über seine staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten nachweisen muss. Seit der neue Einbürgerungstest 2010 eingeführt wurde, ist der Anstieg der Durchfallquoten (von 4 Prozent auf 30 Prozent) ein immer wiederkehrendes Thema. Die Regierung hat darauf reagiert, indem sie den Test angepasst hat, sodass die Bestehensrate bei den angestrebten 80-85 Prozent liegt. Dies ist ein klares Signal dafür, dass eine hohe Einbürgerungsquote immer noch als politisches Ziel gilt.¹⁷

1977 wurde die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt. 2011 waren 944.700 Personen bzw. 2,9 Prozent der Bevölkerung des Landes im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten, davon waren wiederum 79,5 Prozent Einwanderer.

2009 trat ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft, das den Erwerb der kanadischen Staatsangehörigkeit qua Abstammung auf die im Ausland geborenen Kinder kanadischer Auswanderer begrenzte. Mit anderen Worten, wenn jemand außerhalb Kanadas geboren wird und mit der Geburt die kanadische Staatsangehörigkeit von einem Elternteil erbt, dann kann diese Person die kanadische Staatsangehörigkeit nicht an die eigenen Kinder weitervererben, sofern diese auch außerhalb Kanadas geboren werden. Allgemein gilt der Grundsatz, dass alle Personen, die auf kanadischem Territorium geboren werden, mit der Geburt die kanadische Staatsangehörigkeit erhalten (*jus soli*).

Integrationspolitik

Wie bereits erwähnt, besteht einer der wichtigsten Aspekte kanadischer Integrationspolitik im erleichterten Erwerb der Staatsbürgerschaft. Darüber hinaus fördert die Bundesregierung Programme von hunderten von Organisationen (Immigrant Service Organizations - ISOs), die im ganzen Land Einwanderer im Integrationsprozess unterstützen. Im Zeitraum von 1996 bis 2006 haben sich die Ausgaben der kanadischen Regierung für Integrationsprogramme fast verdoppelt, von jährlich 235,4 Millionen auf 445 Millionen kanadische Dollar. Seitdem haben sich die Ausgaben noch einmal fast verdoppelt. Sie beliefen sich im Haushaltsjahr 2011-2012 auf 966 Millionen Dollar.

2008/2009 führte die kanadische Einwanderungsbehörde einen neuen integrationspolitischen Ansatz ein, indem sie die drei bislang bestehenden Rahmenprogramme (das Immigrant Settlement and Adaptation Program, das Language Instruction for Newcomers to Canada Program und das Host Program) durch ein einziges Rahmenprogramm, das sogenannte Settlement Program, ersetzte. Dieses definiert verschiedene Kernziele und umreißt dazu nötige Maßnahmen. Es ist Aufgabe der ISOs, lokale Integrationsstrategien zu entwickeln, die sich an einem oder mehreren Zielen des nationalen Rahmenprogramms orientieren, und diese mithilfe der darin definierten Maßnahmen umzusetzen. Die ISOs reichen ihre Vorschläge dann bei der Einwanderungsbehörde ein, die die Förderungswürdigkeit der Entwürfe prüft.

Integrationspolitische Veränderungen

Wie die Einwanderungspolitik so hat auch die Integrationspolitik Kanadas im Laufe der letzten zehn Jahre einen Dezentralisierungsprozess erlebt. Die staatliche Einwanderungsbehörde kommt zwar finanziell für Integrationsmaßnahmen in allen Provinzen und Territorien Kanadas auf, Quebec, Manitoba und British Columbia sind aber selbst für die Gestaltung und das Management dieser Maßnahmen verantwortlich. Abkommen über die geteilte Verantwortung für Integrationsmaßnahmen (co-management agreements) existieren zwischen der staat-

lichen Regierung und den Provinzen Ontario und Alberta. Da sich das beschriebene Settlement Programm auf die Arbeit von lokalen Organisationen stützt, die je eigene Programme entwerfen und durchführen, wird die Verantwortung für die Integration der Einwanderer an die Kommunen delegiert und damit weiter dezentralisiert.

Diese zunehmende Dezentralisierung macht es schwer, Umfang und Reichweite der einzelnen über das Land verteilten Integrationsprogramme zu erfassen. Dennoch ist es möglich, einige generelle Trends des letzten Jahrzehnts zu identifizieren. Dazu zählen Programme, die die Arbeitsmarktintegration von hochqualifizierten, international ausgebildeten Einwanderern erleichtern sollen. Viel Aufmerksamkeit ist in diesem Bereich auf den medizinischen Sektor und das Ingenieurwesen gelegt worden, wobei zahlreiche Programme auf eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zielen und Einwanderer dabei unterstützen, die notwendige ergänzende Weiterbildung zu erlangen. Daneben haben auch so genannte ›career bridging‹-Programme weite Verbreitung gefunden. Diese beinhalten die Vermittlung von international ausgebildeten Einwanderern in bezahlte Praktika, die dem Erwerb von Arbeitserfahrung in Kanada dienen sollen. Schließlich bemühen sich mehrere sogenannte ›employment councils‹ (Beschäftigungsräte) – Konsortien bestehend aus unterschiedlichen Interessensvertretern, die bestehende Barrieren des Arbeitsmarktzugangs abbauen wollen – darum, hochqualifizierte Migranten an kleine und mittlere Unternehmen in ihrer jeweiligen Region zu vermitteln. Ein zunehmender Fokus liegt auch auf der Vermittlung von berufsbezogenen Sprachkenntnissen auf sehr hohem Niveau. Neben den Programmen, die Personen unterstützen, die bereits nach Kanada eingewandert sind, finanziert die kanadische Einwanderungsbehörde auch eine Reihe von Kursen und onlinebasierten Informationsprogrammen in Übersee, um potenzielle Neuzuwanderer bereits auf ihre Ankunft in Kanada vorzubereiten.

Multikulturalismus, Interkulturalismus und Diskriminierung

Multikulturalismus

Als Kanada sich 1971 zum ersten Mal offiziell zum Multikulturalismus bekannte, war es das erste Land weltweit, das diesen Schritt tat. Zu jener Zeit wurde diese Grundsatzenscheidung als Ergänzung zur Zweisprachigkeit des Landes gesehen, nachdem 1969 Englisch und Französisch zu offiziellen Landessprachen erklärt worden waren. Dementsprechend wird auch von ›Multikulturalismus innerhalb eines zweisprachigen Rahmens‹ gesprochen. Die Multikulturalismuspolitik zielt darauf ab, »die Würde aller Kanadier« zu achten, unabhängig von Abstammung, ethnischem und kulturellem Hintergrund, Religion, Familienzugehörigkeit oder Herkunftsort; Individuen sollen ihre kulturelle Identität wahren und Stolz auf ihre Abstammung sein können und gleichzeitig »ermutigt werden, sich in die Gesellschaft zu integrieren und aktiv teilzunehmen an

gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten«. ¹⁸ Sowohl die Zweisprachigkeit als auch der Multikulturalismusgrundsatz waren ursprünglich darauf angelegt, dem in Quebec aufkommenden Nationalismus entgegenzuwirken und Spannungen zwischen französischen und britischen Mehrheiten und ›anderen Europäern‹, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts nach Kanada gekommen waren, zu vermeiden. Der Politikansatz macht deutlich, dass der Multikulturalismus in Kanada auf demokratischen Normen beruht, wie sie in der kanadischen Verfassung (Canadian Charter of Rights and Freedoms) verankert sind. Im Jahr 1988 wurde das kanadische Multikulturalismusgesetz erlassen, das die Bundesregierung beauftragte, »das Verständnis von Multikulturalismus als ein fundamentales Merkmal des kanadischen Erbes und der Identität Kanadas sowie als einen unbezahlbaren Schatz für die Zukunft Kanadas anzuerkennen und zu fördern«. ¹⁹

Im Jahr 2008 wurde die Verantwortung für das Multikulturalismusprogramm vom Ministerium für Kanadisches Kulturerbe (Department of Canadian Heritage) an die kanadische Einwanderungsbehörde übertragen. Im Folgejahr reformierte die Regierung das Multikulturalismusgesetz und führte drei neue politische Ziele ein: (1) Aufbau einer integrierten Gesellschaft mit sozialem Zusammenhalt, (2) Unterstützung von Institutionen bei der Erfüllung der Bedürfnisse einer pluralistischen Gesellschaft und (3) Teilnahme an Diskussionen über Multikulturalismus und Diversität auf internationaler Ebene. ²⁰ Während Jason Kenney – Einwanderungsminister von 2008 bis Juli 2013 – dazu tendierte, einen häufigen Gebrauch des Begriffs Multikulturalismus zu vermeiden und stattdessen die Notwendigkeit sozialen Zusammenhalts betonte, ist diese Anti-Multikulturalismuswende ausschließlich auf der Ebene politischer Rhetorik zu sehen, nicht aber auf der Ebene der Politikgestaltung. ²¹ Im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern ist der Multikulturalismus als Politik und als Philosophie unter Kanadiern im Allgemeinen beliebt. Er ist Teil der kanadischen Identität und wird systematisch in Schulcurricula, dem öffentlichen Rundfunk, sozialen Einrichtungen, Geschichtsmuseen etc. gefördert.

Interkulturalismus in Quebec

Das Multikulturalismusgesetz von 1971 wurde in Quebec als Affront gegen das Bekenntnis zum englisch-französischen Bikulturalismus gesehen. Daher verfolgt die Provinz seit den 1970er Jahren ihren eigenen Ansatz, den sogenannten Interkulturalismus. Worin sich Multikulturalismus und Interkulturalismus genau unterscheiden, ist Thema philosophischer Debatten. Interkulturalismus, so heißt es, unterscheidet sich vom Multikulturalismus durch seine stärkere Betonung der Integration des Einzelnen bzw. einzelner Gruppen in eine Gesamtheit statt Diversität als Ziel an sich aufrechtzuerhalten und zu feiern. Im Zentrum dieses Prozesses steht ein fortwährender Dialog zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und Neuzuwanderern (obwohl letzteren nicht dieselbe Macht zugesprochen wird wie ersteren), der darauf zielt, nach und nach eine neue öffentliche Sphäre zu schaffen. ²²

Diskriminierung

Trotz Kanadas Bekenntnis zum Multikulturalismus, bleiben Rassismus und die Diskriminierung von Minderheiten in der Arbeitswelt, am Wohnungsmarkt und bei Polizeikontrollen ein Thema. ›Sichtbare Minderheiten‹ verdienen weniger, selbst noch in der dritten oder vierten Generation. ²³ Analysen des kanadischen Ethnic Diversity Surveys (EDS) zufolge, fühlen sich ›sichtbare Minderheiten‹ deutlich seltener als Kanadier und drücken seltener ein Gefühl von Zugehörigkeit aus als andere Bevölkerungsgruppen. Dieses wahrgenommene fehlende Zugehörigkeitsgefühl ist unter Angehörigen der zweiten Generation ›sichtbarer Minderheiten‹ stärker vertreten als unter Neuzuwanderern. ²⁴

Von Zeit zu Zeit lassen hochmediatisierte Ereignisse Diversität, Diskriminierung und Multikulturalismus als umstrittene politische Themen erscheinen. Dies war der Fall als gegen Ende der ersten 2000er-Dekade in Quebec eine Debatte über die Grenzen einer angemessenen gesellschaftlichen Anpassung (reasonable accommodation) von und an Minderheiten entbrannte. Eine Reihe von Ereignissen schürte diese Diskussion, unter anderem ein Beschluss des Obersten Gerichts (Supreme Court) aus dem Jahr 2006, der einem Sikh Recht gab, der seinen *kirpan* (Zeremoniedolch) in der Schule tragen wollte; die von orthodoxen Juden vorgebrachte Forderung, die Fenster eines örtlichen Gemeindezentrums mit Milchglas zu versehen, um Sport treibende Frauen vor Blicken zu schützen sowie ein Bericht, dass Männer in einem Wohnbezirk von Geburtsvorbereitungskursen ausgeschlossen wurden, weil einige Migrantinnen sich in ihrer Gegenwart unwohl fühlten. Im Anschluss an diese Ereignisse veröffentlichte die kleine Stadt Hérouxville (Quebec), in der fast keine Minderheiten oder Einwanderer leben, ihre eigenen Regeln für eine angemessene Lebensweise. Wissenschaftlern zufolge zielen diese allein auf die (nichtexistierende) muslimische Einwohnerschaft der Stadt. Die am meisten zitierte dieser Regeln lautet: »Wir denken, dass das öffentliche Totschlagen von Frauen oder das Verbrennen dieser bei lebendigem Leib nicht Teil unserer Lebensweise ist«. ²⁵

Kurz nach diesem Vorfall beauftragte die Regierung der Provinz Quebec eine Kommission unter Vorsitz von Gerard Bouchard und Charles Taylor (auch Bouchard-Taylor Kommission genannt), Praktiken zur Anpassung an die kulturelle Diversität zu ermitteln und Empfehlungen für die Zukunft auszusprechen. Der Bericht der Kommission aus dem Jahr 2008 machte einige konkrete Vorschläge, betonte aber vor allem, dass die gesellschaftlichen Anpassungsprobleme auf welche die Kommission reagieren sollte, vielmehr ein Problem der Wahrnehmung (u.a. Überreaktion auf Vorfälle, die von Medien und Politikern überdramatisiert worden waren) seien als ein tatsächliches Problem mit dem Umgang mit Diversität im Alltag.

Irreguläre Migration

Anders als in den angrenzenden Vereinigten Staaten ist das Thema irreguläre Einwanderung in Kanada we-

der politisch noch in der Öffentlichkeit stark vertreten. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in Kanadas relativer geographischer Isolation von allen anderen Ländern mit Ausnahme der USA, die wiederum das etabliertere Ziel irregulärer Migranten aus Mexiko und Südamerika sind.

Irreguläre Migration wird in Kanada vor allem mit Individuen in Verbindung gebracht, die das Einwanderungssystem missbrauchen, indem sie sich selbst ungerechtfertigterweise als Asylbewerber oder Familiennachzügler ausgeben oder ihre temporäre Aufenthaltserlaubnis überziehen. Angaben der kanadischen Einwanderungsbehörde zufolge wurde 2012 gegen 10.663 kanadische Staatsangehörige, Personen mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht und Dritte wegen des Erschleichens von Aufenthaltstiteln ermittelt.²⁶ Die Einwanderungsbehörde hat die Bekämpfung einer Form dieses Betrugs, sogenannter Scheinehen (marriages of convenience), in den vergangenen Jahren zur politischen Priorität erklärt und diese zum Thema einer öffentlichen Konsultation im Herbst 2010 gemacht. Eine Scheinehe bezeichnet eine Situation, in der entweder zwei Personen vorgeben, in einer Beziehung zu leben, damit der abhängige (sponsored) Partner nach Kanada einwandern darf oder die nachziehende Person den für den Lebensunterhalt aufkommenden Partner glauben macht, ein Paar zu sein, um so nach Kanada einwandern zu können.

Die kanadische Einwanderungsbehörde schätzt, dass es sich bei einem erheblichen Teil der 20 Prozent der Anträge auf Lebens- oder Ehepartnernachzug (von insgesamt 49.500 eingegangenen Anträgen), die im Jahr 2009 von den Visavergabestellen abgelehnt wurden, um Fälle von Scheinehen handelte.²⁷ Trotz dieser scheinbar hohen Aufdeckungsrate führte die Behörde im Jahr 2012 einen vorbehaltlichen Aufenthaltsstatus für Ehe- und Lebenspartner ein, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Kanada einwandern und die zum Einwanderungszeitpunkt nicht länger als zwei Jahre eine Beziehung führen und keine gemeinsamen Kinder haben. Der nach Kanada nachziehende Partner kann sein unbefristetes Aufenthaltsrecht

verlieren, wenn die Beziehung nicht noch mindestens für zwei weitere Jahre nach Ankunft in Kanada Bestand hat. Auch wenn es Ausnahmen in Fällen gibt, in denen es zu häuslicher Gewalt kommt, haben Nichtregierungsorganisationen ihre Sorge darüber zum Ausdruck gebracht, dass diese Bestimmungen die Vulnerabilität und Abhängigkeit des nachziehenden Ehe- oder Lebenspartners erhöhen.

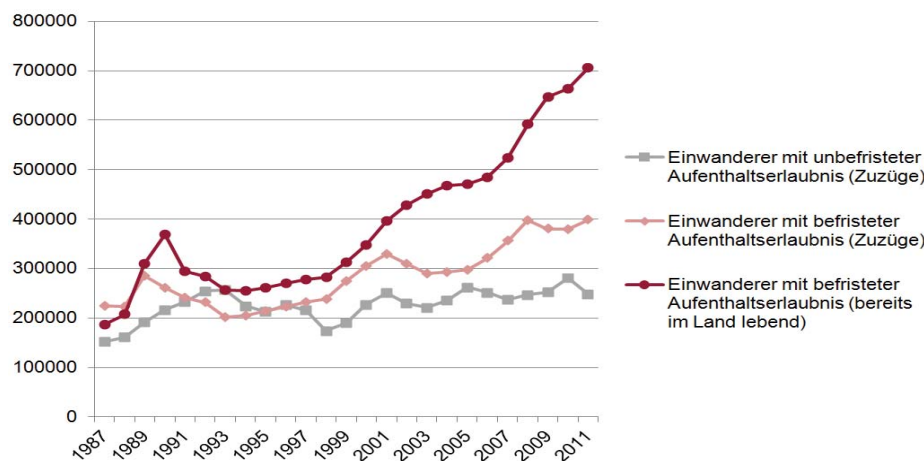
›Prekärer Status‹

Kanadische Migrationsforscher haben angefangen, der Debatte um irreguläre Einwanderung einen neuen Rahmen zu geben, indem sie den Begriff des ›prekären Status‹ eingeführt haben.²⁸ Anstatt den irregulären Status als eine Situation zu betrachten, die von Einwanderern bewusst eingegangen wird, betont der Begriff des prekären Status die Art und Weise in der das Einwanderungssystem – mit seinen schnell sich ausweitenden und sich verändernden Pfaden zu einem dauerhaften oder befristeten legalen Aufenthaltsstatus – Individuen in eine unsichere Position versetzt, in der sie unabsichtlich von einem legalen in einen illegalen Status rutschen können. So machen die Einwanderungsbestimmungen für abhängige Familienmitglieder, Pflegekräfte (Live-In Caregivers) oder temporäre Arbeitskräfte (Temporary Foreign Workers) die Eingewanderten abhängig von Familien- und Arbeitgeberbeziehungen, die abbrechen und die Migranten, ohne dass dies von ihnen selbst beabsichtigt wäre, in einen illegalen Status überführen können.

Wege in einen prekären Status sind Teil von Politiken, die eine große und zunehmende Personenzahl betreffen. Wie Abbildung 4 zeigt, hat die Zahl der Personen, die mit einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung in Kanada leben im Vergleich zur Zahl neuankommender temporärer Einwanderer kontinuierlich zugenommen, was darauf hindeutet, dass mehr temporäre Einwanderer im Land verbleiben als Kanada wieder verlassen. Setzt sich dieser Trend fort, so besteht die Gefahr, dass der Umfang der Bevölkerung ohne Aufenthaltsstatus wächst. Dabei empfinden Beobachter

es als besonders besorgniserregend, dass temporäre Einwanderer zunehmend schlecht qualifiziert sind und keine Integrationsleistungen (z.B. Sprachunterricht, Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration) in Anspruch nehmen dürfen während sie sich noch legal im Land aufhalten. Dies bedeutet, dass die illegal im Land lebende Bevölkerung zukünftig mehr und mehr Individuen umfassen wird, die weder die Ausbildung noch die Ressourcen mitbringen, um sich in die kanadische Gesellschaft zu integrieren. Wenn fast die Hälfte der rund 200.000 jährlich zuziehenden temporären Migranten niedrigqualifiziert wären und die Hälfte von ihnen wiederum ihr Visum überziehen würde, würde die niedrigqualifizierte Bevölke-

Abbildung 4: Einwanderer und Einwandererbevolkerung nach Aufenthaltsstatus 1987-2011



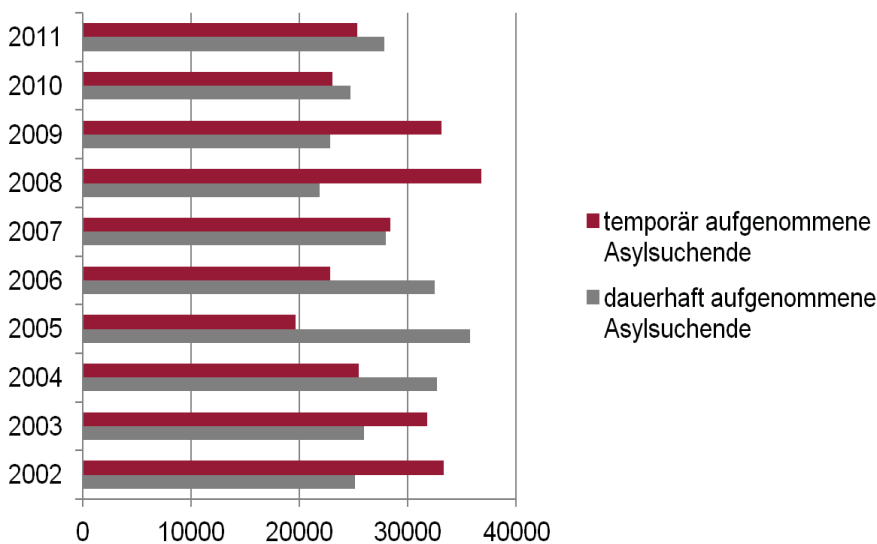
Quelle: Citizenship and Immigration (2012, S. 3, 52, 53, 58, 59)

rung ohne Aufenthaltsstatus jährlich um 50.000 Personen wachsen. Dies entspräche etwa der Zahl irregulärer Migranten, die jährlich aus Mexiko in die USA gelangen.²⁹

Flucht und Asyl

Obwohl Kanada bereits 1951 der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten ist und auch das 1967er-Protokoll im Jahr 1969 unterzeichnet hat, war das Einwanderungsgesetz von 1976 das erste kanadische Gesetz, das die Anerkennung von Flüchtlingen regelte. Bis dahin agierte man in der Flüchtlingspolitik jeweils in Reaktion auf entsprechende Ereignisse in der Welt nach dem *ad-hoc*

Abbildung 5: Zahl dauerhaft und temporär aufgenommenen Asylsuchender 2002-2011



Quelle: Citizenship and Immigration (2012, S. 6, 102)

Prinzip. So wurde beispielsweise in gesonderten Programmen mit weniger strikten Auswahlkriterien im Jahr 1962 Flüchtlingen aus Hongkong die Einwanderung ermöglicht (damit öffnete Kanada zum ersten Mal seine Grenzen auch für nicht-europäische Flüchtlinge), 1968 Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei und 1972 aus Uganda. Zuflucht und Asyl werden derzeit durch das Einwanderungs- und Flüchtlingsschutzgesetz (Immigration and Refugee Protection Act - IRPA) von 2002 geregelt. Dieses beinhaltet zwei Wege, um einen Flüchtlingsstatus zu erlangen: das Refugee and Humanitarian Resettlement Program für Personen, die von außerhalb Kanadas Asyl suchen, und das In-Canada Asylum Program für Personen, die sich in Kanada befinden und hier ihren Asylantrag stellen.

Im Resettlement-Programm wird Flüchtlingen aus dem Ausland (die sich z.B. in Flüchtlingslagern aufhalten) die Reise nach Kanada und ihre Niederlassung finanziert, sei es durch die Regierung oder durch private Gruppen und Organisationen oder Einzelpersonen. Die kanadische Regierung richtet sich bei der Anerkennung von Flüchtlingen, die finanzielle Unterstützung

benötigen, nach der Einschätzung des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) sowie nach Vermittlergruppen und privaten Hilfsorganisationen. Sofern Personen durch diese Organisationen als hilfsbedürftig identifiziert werden, wird anschließend von einer kanadischen Visumsbehörde geprüft³⁰, ob ihnen der Flüchtlingsstatus zuerkannt werden kann und ob sie etwaige Gesundheits-tests bzw. bestimmte Sicherheitsuntersuchungen bestehen.

Neben dem Resettlement-Programm kann auch innerhalb Kanadas Asyl beantragt werden, entweder auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention oder als Person, die eines besonderen Schutzes bedarf. In solchen Fällen kann Asyl am Einreiseflughafen oder in einem der einwanderungsbehördlichen Büros in Kanada beantragt werden. Sofern ein Beamter der Einwanderungsbehörde einen Asylanspruch feststellt, wird der Fall an den Einwanderungs- und Flüchtlingsausschuss (Immigration and Refugee Board - IRB) zur endgültigen Entscheidung weitergeleitet. Die Anerkennungsquote lag in den letzten 20 Jahren bei etwa 40-45 Prozent. 2010 und 2011 sank sie auf 38 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Stand in der Geschichte des IRB.³¹

Veränderungen in Kanadas Flüchtlingsprogramm

Zwei Gesetze – das Gesetz zur Reform des Flüchtlingsrechts (Balanced Refugee Reform Act) von 2010 und das Gesetz zum Schutz des kanadischen Einwanderungssystems (Protecting Kanadas Immigration System Act) aus dem Jahr 2012 (auch als Bill C-31 bekannt) – haben Kanadas Flüchtlingspolitik wesentlich verändert. Erstens wurde eine neue administrative Kategorie – die der ›ausgewiesenen Herkunftsländer‹ (Designated Countries of Origin - DCOs) – eingeführt, mit der Länder klassifiziert werden, die nicht als Ursprungsgebiete von Flüchtlingsbewegungen gelten, in denen Menschenrechte geachtet werden und die über ein unabhängiges Gerichtswesen und zivilgesellschaftliche Organisationen verfügen.³²

Asylbewerber, die aus einem Land kommen, das vom Einwanderungsminister als DCO eingestuft wird, durchlaufen ein beschleunigtes Asylverfahren (Länge: ca. 30 Tage verglichen mit neun Monaten für Bewerber aus Nicht-DCO-Ländern und etwa drei Jahren für alle Bewerber in der Vergangenheit) und sie haben kein Recht, den Asylentscheid anzufechten.

Zweitens hat der Einwanderungsminister nun die Freiheit, Asylbewerber, die in Gruppen von zwei oder mehr Personen in Kanada eintreffen, als ›irregulär Eingereiste‹ zu klassifizieren. Irregulär Eingereiste können umgehend festgenommen werden und dürfen die Entscheidungen, die in ihrem Fall getroffen werden, nicht gerichtlich anfechten.

Eine dritte grundlegende Veränderung betrifft die Möglichkeit von Asylbewerbern im Rahmen der Kategorie Flüchtlinge und Schutzbedürftige (Humanitarian and Compassionate Category - H&C) eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu

beantragen nachdem ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Asylbewerber dürfen nun weder einen H&C-Antrag stellen während sie sich noch im Asylverfahren befinden, noch dürfen sie dieses innerhalb der ersten 12 Monate tun, nachdem der Einwanderungs- und Flüchtlingsausschuss IRB eine endgültige Entscheidung über ihren Asylantrag gefällt hat.

Viele Nichtregierungsorganisationen wie der Kanadische Flüchtlingsrat (Canadian Council of Refugees – CCR) haben sich besorgt über diese asylrechtlichen Veränderungen geäußert. Ein Grund zur Sorge ist die kurze Zeitspanne, in der ein Asylantrag gestellt werden muss und die es schwierig macht, die einzelnen Fälle angemessen vorzubereiten und/oder die entsprechenden Unterlagen aus einigen Herkunftsländern einzuholen. Ein weiterer Grund zur Sorge ist die Tatsache, dass die Hoheit über die Einstufung eines Landes als DCO beim Einwanderungsminister liegt und nicht bei einem unabhängigen Expertengremium. Dies, so die Befürchtung, könnte im Interesse der Zweckmäßigkeit zu falschen Klassifikationen führen. Drittens hinterfragt der Kanadische Flüchtlingsrat CCR die Verfassungsrechtlichkeit von Verfahren gegen Personen, die durch die Regierung als irregulär Eingereiste eingestuft werden. Pläne, Kinder unter 16 Jahren festzunehmen oder ihren Familien anzubieten, sie in die Obhut des Staates zu übergeben, werden dabei als besonders besorgniserregend empfunden. Schließlich hat der CCR neben den zahlreichen Befugnissen, mit denen der Einwanderungsminister nach den neuen Gesetzen nun ausgestattet ist, die weitreichenden Einschränkungen des Rechts auf Einspruch gegen Asylentscheide stark kritisiert.

Aktuelle Entwicklungen und zukünftige Herausforderungen

In den vergangenen zehn Jahren wurde verstärkt auf Arbeitsmarktprobleme von Einwanderern hingewiesen. Unter Rückgriff auf Zensusdaten haben zahlreiche Wissenschaftler gezeigt, dass das Einkommen aufeinanderfolgender Einwandererkohorten seit den 1970er Jahren gesunken ist, trotz eines Anstiegs des Qualifikationsniveaus dieser Bevölkerungsgruppe. Eine Studie zeigt, dass dieser Einkommensrückgang sowohl auf Unterbeschäftigung (z.B. Arbeit in einem Job unterhalb des eigenen Qualifikationsniveaus) als auch auf geringere Einnahmen im Vergleich zu Arbeitnehmern kanadischer Herkunft mit gleichem Qualifikationsniveau zurückzuführen ist. Beide Faktoren führen zu einem Verlust von jährlich 11 Milliarden Dollar für die Wirtschaft.³⁴ Erklärungen für diese Entwicklung konzentrieren sich entweder auf die Qualität der Qualifikationen und Fähigkeiten der Einwanderer, Nachteile dieser Bevölkerungsgruppe auf dem Arbeitsmarkt oder weitreichende institutionelle Faktoren wie das zunehmende Qualifikationsniveau der kanadischen Bevölkerung und Arbeitsmarktzyklen.

Viele der migrationspolitischen Veränderungen der vergangenen Jahre, die in diesem Länderprofil aufgezeigt wurden, können als Antwort auf das Phänomen der Nicht-Nutzung von Qualifikationen zurückgeführt wer-

den. Die Regierung hofft, dass die Ausweitung der Entscheidungshoheit von Provinzen und Territorien bei der Auswahl von Einwanderern, die Einschränkung des dauerhaften Zuzugs von qualifizierten Einwanderern (in Bezug auf ihre Anzahl sowie bestimmte Berufsgruppen) zugunsten der Vergabe von befristeten Aufenthaltsgenehmigungen und einer zweischrittigen Einwanderung (two-step immigration) (z.B. Programme für die temporäre Einwanderung, die dann die Möglichkeit des Erhalts einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung bieten) sowie die stärkere Einbindung von Arbeitgebern in die Auswahl von Einwanderern dieses Problem beheben werden.

Auf der anderen Seite sind Wissenschaftler besorgt, dass die zunehmende temporäre Migration (besonders von niedrigqualifizierten Arbeitskräften), die Einschränkung dauerhafter Einwanderung und die Übertragung von Verantwortung von der staatlichen in private Hand bei der Auswahl der Einwanderer und dem Wechsel von einem befristeten in einen unbefristeten Aufenthaltsstatus zu neuen Problemen führen könnten.

Sie argumentieren, dass der Erfolg des kanadischen Einwanderungsmodells weitgehend auf der Tatsache beruhe, dass der Großteil der Einwanderer umgehend eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhielt, dass der Familiennachzug großzügig gehandhabt wurde und den Einwanderern ein rascher Zugang zur Staatsangehörigkeit ermöglicht wurde. Mit anderen Worten: ihnen wurde die rechtliche und soziale Sicherheit geboten, der es bedarf, um sich und ihren Familien ein Leben in Kanada aufzubauen. Heute aber verfügt eine zunehmende Zahl von Neuzuwanderern nur über eine befristete Aufenthaltserlaubnis, eingeschränkte Rechte, fast keinen Zugang zu Integrationsleistungen und niedrige Qualifikationen. Diese prekäre Situation könnte sich negativ auf die wirtschaftliche und soziale Integrationsfähigkeit der Einwanderer auswirken, wenn sie von einem befristeten in ein unbefristetes Aufenthaltsverhältnis wechseln.³⁵ Es erhöht außerdem ihre Anfälligkeit für die Ausbeutung durch Arbeitgeber, die nach und nach Staatsbedienstete als Gatekeeper bei der Kontrolle von Einreisen von Einwanderern und Statuswechseln ersetzen. Insgesamt werden die hier dargestellten politischen Entwicklungen tiefgreifende Auswirkungen auf die kanadische Gesellschaft und die Wahrnehmung des kanadischen Einwanderungssystems in der internationalen Gemeinschaft haben.

Anmerkungen

¹ ›Ukrainer‹ war der Begriff, mit dem alle Slawen bezeichnet wurden, die aus den ost- und südeuropäischen Regionen des russischen und des österreichisch-ungarischen Reichs stammten; siehe Citizenship and Immigration Canada (2000).

² Die Russen, die zu jener Zeit einwanderten, gehörten vor allem den Doukhobors an, einer bäuerlichen Sekte, die Pazifismus und Gemeinschaftsleben praktizierte und unter dem russischen Zaren verfolgt wurde.

³ Zitiert nach Kelley/Trebilcock (2010).

- ⁴ Kelley/Trebilcock (2010).
- ⁵ Einwanderern aus Europa und Amerika war es zunächst weiterhin erlaubt, auch entfernte Verwandte nachzuholen. Dieses Privileg wurde jedoch 1967 abgeschafft; siehe Citizenship and Immigration Canada (2000).
- ⁶ Siehe die CIC-Website: www.cic.gc.ca/english/department/media/releases/2012/2012-09-17.asp (Zugriff: 16.7.2013).
- ⁷ Quebec ist die einzige Provinz, die die alleinige Hoheit über das Management der Einwanderung in diese Provinz besitzt. Sie legt ihre eigenen jährlichen Einwanderungsziele fest, ist allein für die Auswahl der Einwanderer verantwortlich (mit Ausnahme der Einwanderer, die über die Familienkategorie und als Flüchtlinge nach Kanada kommen und deren Status auf Bundesebene bestimmt wird) und ebenso für die Bereitstellung von Orientierungskursen und anderen Unterstützungsleistungen für Migranten; siehe Citizenship and Immigration Canada (2006).
- ⁸ Mit Ausnahme der Jahre 1997 und 1998, in denen die Zahl leicht unter diesem Wert lag.
- ⁹ Im Zensus und in der Nationalen Haushaltsbefragung, die von der kanadischen Statistikbehörde (Statistics Canada) herausgegeben werden, werden die Begriffe ›Einwandererbevolkerung‹ (immigrant population) und ›im Ausland Geborene‹ (foreign-born) synonym verwendet.
- ¹⁰ Der Fragebogen der Nationalen Haushaltsbefragung 2011 wurde an rund 4,5 Millionen Haushalte verteilt; die Rücklaufquote lag bei 68,6 Prozent. Die Statistiken, die in diesem Abschnitt sowie in den Ausführungen zu den ethnischen Hintergründen der kanadischen Bevölkerung zitiert werden, stammen aus Statistics Canada (2013a).
- ¹¹ Thomas (2005).
- ¹² ›Kaukasisch‹ wird im nordamerikanischen Sprachraum gemeinhin synonym für ›weiß‹ verwendet. Eine genauere Wörterbuch-Definition lautet: »Of or relating to a racial group having white skin, especially one of European origin; white«. Siehe Eintrag ›Caucasian‹ im American Heritage Dictionary of the English Language, 4. Ausgabe, 2004. <http://dictionary.reference.com/browse/Caucasian> (Zugriff: 16.7.2013).
- ¹³ Zitiert nach Citizenship and Immigration Canada (2006).
- ¹⁴ Die Statistiken in diesem Abschnitt stammen aus Statistics Canada (2013b).
- ¹⁵ Für eine detaillierte Darstellung siehe Triadafilopoulos (2012).
- ¹⁶ Für mehr Informationen zum Einbürgerungstest und zum Material für die Vorbereitung auf diesen Test siehe die CIC-Website: www.cic.gc.ca/english/resources/publications/discover/index.asp (Zugriff: 16.7.2013).
- ¹⁷ Siehe Joppke (2013) für mehr Informationen zu dieser Diskussion.
- ¹⁸ Für weitere Informationen siehe die CIC-Website: www.cic.gc.ca/english/multiculturalism/citizenship.asp (Zugriff: 16.7.2013).
- ¹⁹ Citizenship and Immigration Canada, Canadian Multiculturalism: An Inclusive Citizenship. www.cic.gc.ca/english/multiculturalism/citizenship.asp (Zugriff: 16.7.2013).
- ²⁰ Für weitere Informationen siehe die CIC-Website: www.cic.gc.ca/english/resources/evaluation/multi/exec-summary.asp (Zugriff: 16.7.2013).
- ²¹ Joppke (2013).
- ²² Für weitere Informationen zu den Ähnlichkeiten und Unterschieden der beiden Konzepte siehe Waddington et al. (2012).
- ²³ Skuterud (2010); Pendakur/Pendakur (2002).
- ²⁴ Reitz (2012).
- ²⁵ Zitiert nach Nieguth/Lacassagne (2009).
- ²⁶ Siehe die CIC-Website: www.cic.gc.ca/english/department/media/backgrounders/2012/2012-09-10.asp (Zugriff: 16.7.2013).
- ²⁷ Siehe die CIC-Website: www.cic.gc.ca/english/department/media/backgrounders/2010/2010-09-27.asp (Zugriff: 16.7.2013).
- ²⁸ Für eine ausführliche Darstellung dieses Konzepts und der Abbildungen in diesem Abschnitt siehe Goldring et al. (2009).
- ²⁹ Zitiert nach Reitz (2012).
- ³⁰ Nach dem Kanada-Quebec-Abkommen ist Quebec für die Auswahl von Flüchtlingen im Ausland zuständig, die Bundesregierung hingegen dafür verantwortlich, dass die von Quebec ausgewählten Flüchtlinge den entsprechenden Aufenthaltsstatus erhalten.
- ³¹ Siehe die Flüchtlingsstatistiken des Flüchtlingsforums (Refugee Forum), das am Human Rights and Education Center der University of Ottawa angesiedelt ist: www.cdp-hrc.uottawa.ca/projects/refugee-forum/projects/Statistics.php (Zugriff: 16.7.2013).
- ³² Neben diesen qualitativen Kriterien kann der Einwanderungsminister jedes Land als DOC klassifizieren, aus dem eine hohe Zahl von Asylanträgen abgelehnt wurde. Für weitere Details siehe die CIC-Website: www.cic.gc.ca/english/department/media/backgrounders/2012/2012-02-16i.asp (Zugriff: 16.7.2013).
- ³³ Siehe z.B. Frenette/Morissette (2005) und Reitz et al. (2013).
- ³⁴ Reitz et al. (2013).
- ³⁵ Siehe z.B. Goldring/Landolt (2011).

Literatur

- Abella, I./H. Troper (1991): None is too many: Canada and the Jews of Europe 1933-1948. 3. Aufl. Toronto.
- Citizenship and Immigration Canada (2011): Annual Report to Parliament on Immigration 2011. Ottawa. www.cic.gc.ca/english/pdf/pub/annual-report-2011.pdf (Zugriff: 16.7.2013).
- Citizenship and Immigration Canada (2012): Facts and Figures 2011: Immigration Overview – Permanent and Temporary Residents. Ottawa.
- www.cic.gc.ca/english/pdf/research-stats/facts2011.pdf (Zugriff: 16.7.2013).
- Citizenship and Immigration Canada (2010): Facts and Figures 2009: Immigration Overview – Permanent and Temporary Residents. Ottawa.
- Citizenship and Immigration Canada (2006): Annual Report to Parliament on Immigration 2006. Ottawa. www.cic.gc.ca/english/pdf/pub/immigration2006_e.pdf (Zugriff: 16.7.2013).
- Citizenship and Immigration Canada (2000): Forging our Legacy: Canadian Citizenship and Immigration, 1900-1977. Ottawa. www.cic.gc.ca/english/resources/publications/legacy/ (Zugriff: 16.7.2013).
- Frenette, M./R. Morissette (2005): Will They Ever Converge? Earnings of Immigrant and Native-Born Workers Over the Last Two Decades. *International Migration Review* 39(1), S. 228-257.
- Girard, E. and H. Bauder (2007): Assimilation and Exclusion of Foreign Trained Engineers in Canada: Inside a Professional Regulatory Organization. *Antipode* 39(1), S. 35-53.
- Goldring, L./P. Landolt (2011): Caught in the Work-Citizenship Matrix: The Lasting Effects of Precarious Legal Status on Work for Toronto Immigrants. *Globalizations* 8(3), S. 325-341.

- Goldring, L./Berinstein, C./J. Bernhard (2009): Institutionalizing Precarious Migratory Status in Canada. *Citizenship Studies* 13(3), S. 239-265.
- Joppke, C. (2013): Through the European Looking Glass: Citizenship Tests in the USA, Australia, and Canada. *Citizenship Studies* 17(1), S. 1-15.
- Kelley, N./M. Trebilcock (2010): *The Making of the Mosaic: A History of Canadian Immigration Policy*. Toronto: University of Toronto Press.
- Lenard, P./C. Straehle (2012): Introduction. In: Lenard, P./C. Straehle (Hrsg.): *Legislated Inequality: Temporary Labour Migration in Canada*. Montreal & Kingston: McGill-Queen's University Press, S. 3-25.
- Li, P. (2003): *Destination Canada: Immigration, Debates and Issues*. Toronto: Oxford University Press.
- Nieguth, T./A. Lacassagne (2009): Contesting the Nation: Reasonable Accommodation in Rural Québec. *Canadian Political Science Review* 3(1), S. 1-16.
- Pendakur, K./R. Pendakur (2002): Colour My World: Have Earnings Gaps for Canadian-born Ethnic Minorities Changed over Time? *Canadian Public Policy* 28(4), S. 489-512.
- Reitz, J.G. (2012): The Distinctiveness of Canadian Immigration Experience. *Patterns of Prejudice* 46(5), S. 518-538.
- Reitz, J.G./Curtis, J./J. Elrick (im Erscheinen): Immigrant Skill Utilization: Trends and Policy Issues *Journal of International Migration and Integration*, Jg. 15(1).
- Skuterud, M. (2010): The Visible Minority Earnings Gap Across Generations of Canadians. *Canadian Journal of Economics* 43(3), S. 860-881.
- Statistics Canada (2013a): *Immigration and Ethnocultural Diversity in Canada: National Household Survey 2011*, Katalog-Nr. 99-010-X2011001. www12.statcan.gc.ca/nhs-enm/2011/ref/guides/99-010-x/99-010-x2011006-eng.pdf (Zugriff: 16.7.2013).
- Statistics Canada (2013b): *Obtaining Canadian Citizenship: National Household Survey 2011*, Katalog-Nr. 99-010-X2011003. www12.statcan.gc.ca/nhs-enm/2011/as-sa/99-010-x/99-010-x2011003_1-eng.pdf (Zugriff: 16.7.2013).
- Thomas, D. (2005): I am Canadian. *Canadian Social Trends* 76. Statistics Canada. Ottawa, S. 2-7. www.statcan.ca/

bsolc/english/bsolc?catno=11-008-X20040047774 (Zugriff: 16.7.2013).

- Triadafilopoulos, T. (2012): *Becoming Multicultural: Immigration and the Politics of Membership in Canada and Germany*. Vancouver: UBC Press.
- Waddington, D./Maxwell, B./McDonough, K./Cormier, A./M. Schwimmer (2012): *Interculturalism in Practice: Québec's New Ethics and Religious Culture Curriculum and the Bouchard-Taylor Report on Reasonable Accommodation*. In: Besley, T./M.A. Peters (Hrsg.): *Interculturalism, Education, and Dialogue*. New York: Peter Lang, S. 312-329.

Onlinequellen

Canadian Council for Refugees
<http://ccrweb.ca/>

Citizenship and Immigration Canada
www.cic.gc.ca

Immigration and Refugee Board of Canada (IRB)
www.irb-cisr.gc.ca/index.htm

Immigration et Communautés culturelles Québec
www.immigration-quebec.gouv.qc.ca/en/index.asp

Statistics Canada
www.statcan.ca

Die Autorin

Jennifer Elrick ist Doktorandin an der soziologischen Fakultät der Universität Toronto. Ihre Forschung konzentriert sich auf familienbezogene Migrationspolitiken in Kanada und Deutschland seit 1945.

E-Mail: jennifer.elrick@mail.utoronto.ca

IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Neuer Graben 19/21, 49069 Osnabrück, Tel.: +49(0)541 969 4384, Fax: +49 (0)541 969 4380, E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 53113 Bonn, Dienstsitz Berlin, Friedrichstraße 50, 10117 Berlin, unter Mitwirkung des Netzwerks Migration in Europa e.V.

Redaktion: Vera Hanewinkel, Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer (verantw.)
Übersetzung ins Deutsche: Vera Hanewinkel

Die Erstellung der Länderprofile (ISSN 1864-6220) und Kurzdossiers (ISSN 1864-5704) erfolgt in Kooperation der o.a. Partner. Der Inhalt der Länderprofile und Kurzdossiers gibt nicht unbedingt die Ansicht der Herausgeber wieder. Der Abdruck von Auszügen und Graphiken ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Weitere Online-Ressourcen: www.bpb.de, www.imis.uni-osnabrueck.de, www.migration-info.de, www.network-migration.org
Unsere Länderprofile und Kurzdossiers sind online verfügbar unter: www.bpb.de